



DEUTSCHES
KRANKENHAUS
INSTITUT

Gemeinsam für mehr Wissen

Dr. Karl Blum · Sophia Siewert

DKI Krankenhaus-Index

Winterumfrage 2025



Ansprechpartner

Deutsches Krankenhausinstitut e. V.

Prinzenallee 13
40549 Düsseldorf



Dr. Karl Blum

Tel.: +49 211 47051-17
E-Mail: karl.blum@dki.de
Düsseldorf, 17. März 2025



Sophia Siewert

Tel.: +49 211 47051-15
E-Mail: sophia.siewert@dki.de

Bildnachweis: grebeshkovmaxim/istock

INHALTSVERZEICHNIS

MANAGEMENT SUMMARY	3
1 HINTERGRUND	4
2 AKTUELLES: KRANKENHAUSVERSORGUNG IN DER NEUEN LEGISLATURPERIODE	5
2.1 Erwartungen an die neue Bundesregierung	5
2.2 Leistungsgruppenplanung nach KHVVG	7
2.3 Antragstellung für den Transformationsfonds	8
3 GESCHÄFTSKLIMA.....	10
3.1 Wirtschaftliche Lage	10
3.2 Künftige Einschränkungen der Versorgung	11
3.3 Künftige Versorgungssituation	13
3.4 Bewertung der Gesundheitspolitik	13
3.5 Zeitreihen	14

MANAGEMENT SUMMARY

Die Krankenhäuser in Deutschland erwarten von einer neuen Bundesregierung einen kurzfristigen Inflationsausgleich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und einen weitreichenden Bürokratieabbau. Für jeweils rund 95 % der Häuser hat dies oberste Priorität. Auf der Prioritätenliste folgt eine Überarbeitung maßgeblicher Aspekte der Krankenhausreform. Im Einzelnen betrifft dies angepasste Vorgaben zu den Leistungsgruppen, größere Gestaltungsspielräume der Länder bei der Zuweisung der Gruppen sowie das Aussetzen der Vorhaltefinanzierung in der jetzigen Form.

Das ist das Ergebnis der Winterumfrage 2025 für den Krankenhaus-Index des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI). Turnusmäßig erfasst der Index die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser im Zeitablauf und aktuelle Einschätzungen zur Gesundheitspolitik. An der Repräsentativbefragung beteiligten sich bundesweit 415 Krankenhäuser.

Die Krankenhausreform wird zu einer stärkeren regionalen Kooperation zwischen den Krankenhäusern führen. So hat in 59 % der Krankenhäuser ein (erster) Austausch mit umliegenden Häusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung stattgefunden. 79 % der Krankenhäuser beabsichtigen Kooperationen, um die Mindestanforderungen an die Qualität der Leistungserbringung erfüllen zu können, vielfach mit telemedizinischer und telematischer Unterstützung.

Aktuell plant rund ein Drittel der Krankenhäuser, Projektanträge für den neu geschaffenen Transformationsfonds zu stellen. Mit den Fonds von 50 Mrd. € soll bis 2035 die Anpassung der Versorgungsstrukturen an die Krankenhausreform gefördert werden. Der am häufigsten geplante Fördertatbestand ist die standortübergreifende Konzentration von Krankenhäusern, um die Qualitätskriterien oder Mindestvorhaltezahlen der künftigen Leistungsgruppen erfüllen zu können.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser bleibt weiterhin sehr angespannt. Rund zwei Drittel der Allgemeinkrankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht (35 %) oder sehr schlecht (34 %). Nur noch wenige Häuser (10 %) beschreiben sie als gut oder sehr gut. Verglichen damit fallen die Ergebnisse für die Psychiatrien etwas besser aus.

In Zukunft ist mit weiteren Versorgungseinschränkungen in der stationären Versorgung zu rechnen, etwa durch vorübergehende Schließungen von Stationen oder Verschiebungen planbarer Operationen. Dass 37 % der Krankenhäuser sich aufgrund der gegenwärtigen Situation gezwungen sehen, in den kommenden sechs Monaten Personal abzubauen, ist eine offensichtliche Folge der dramatischen wirtschaftlichen Lage.

Das Urteil der Krankenhäuser über die aktuelle Gesundheitspolitik fällt nach wie vor äußerst kritisch aus. Derzeit ist die große Mehrzahl der Krankenhäuser in Deutschland mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung nicht zufrieden.

1 HINTERGRUND

Turnusmäßig erstellt das Deutsche Krankenhausinstitut (DKI) für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) einen Krankenhaus-Index, vergleichbar dem bekannten ifo-Geschäftsklimaindex.

Der Index erfasst über eine standardisierte Online-Befragung die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftlichen Erwartungen der Krankenhäuser. Damit sollen die Öffentlichkeit für die Herausforderungen der Krankenhausversorgung sensibilisiert und Handlungsbedarfe für die Gesundheitspolitik aufgezeigt werden. Ergänzt wird der Index jeweils um tagespolitisch aktuelle Fragestellungen, in der vorliegenden Winterumfrage 2025 zur Krankenhausversorgung in der kommenden Legislaturperiode, speziell zu den Erwartungen an die neue Bundesregierung.

Diese betreffen zum einen die Umsetzung oder Anpassung der Krankenhausreform durch das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG), das in der noch laufenden Legislaturperiode mit anderen politischen Mehrheiten in Kraft trat. Kernelemente dieser Reform sind unter anderem die Bildung von Leistungsgruppen mit bundesweit einheitlichen Struktur- und Personalanforderungen, die separate Vergütung der Vorhaltekosten von Krankenhäusern und die Einführung eines Transformationsfonds zur Anpassung der Strukturen in der Krankenhausversorgung. Zum anderen geht es um allgemeine Herausforderungen wie eine verbesserte Wirtschaftlichkeit im Krankenhaus, den Bürokratieabbau und eine stärkere Ambulantisierung von Leistungen.

Grundgesamtheit des Krankenhaus-Index bilden alle Allgemeinkrankenhäuser ab 50 Betten und, unabhängig von der Krankenhausgröße, alle psychiatrischen und psychosomatischen Fachkliniken (nachfolgend: Psychiatrien). Diese Grundgesamtheit umfasst laut Statistischem Bundesamt insgesamt 1.524 Einrichtungen, davon 1.221 Allgemeinkrankenhäuser und 303 Psychiatrien.¹

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser 2023. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankenhaeuser/Publikationen/_publikationen-innen-grunddaten-krankenhaus.html

An der aktuellen repräsentativen Winterumfrage von Anfang März 2025 haben 415 Häuser teilgenommen, darunter 301 Allgemeinkrankenhäuser und 114 Psychiatrien. Die Ergebnisse zum Geschäftsklima werden getrennt nach Allgemeinkrankenhäusern und Psychiatrien ausgewertet. Bei Fragen zum KHVVG beschränken sich die Auswertungen auf die Allgemeinkrankenhäuser, insofern sie auf die Psychiatrien nicht zutreffen. In den Tabellen und Grafiken im Text sind im Einzelfall Rundungsfehler möglich.

2 AKTUELLES: KRANKENHAUSVERSORGUNG IN DER NEUEN LEGISLATURPERIODE

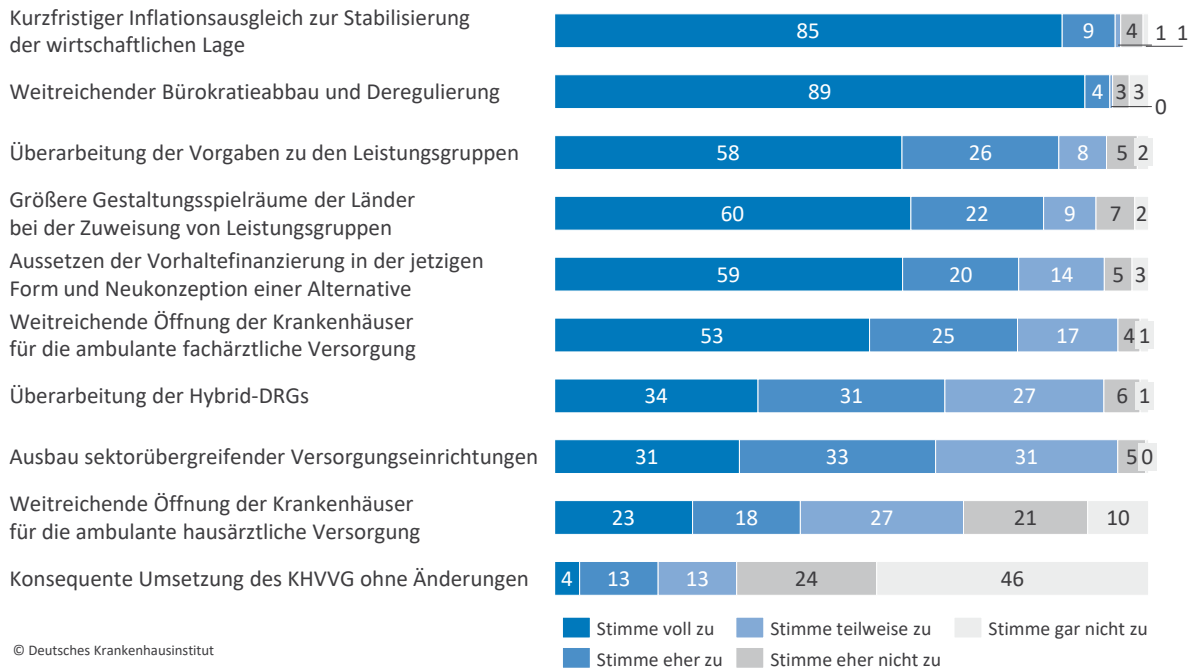
2.1 Erwartungen an die neue Bundesregierung

Nach den Neuwahlen Ende Februar 2025 wird es voraussichtlich zeitnah eine neue Bundesregierung geben. Vor diesem Hintergrund sollten die Befragungsteilnehmer angeben, welche Erwartungen sie an die künftige Regierung mit Blick auf die Krankenhausversorgung haben. Die folgende Grafik zeigt die Ergebnisse zunächst für die Allgemeinkrankenhäuser.

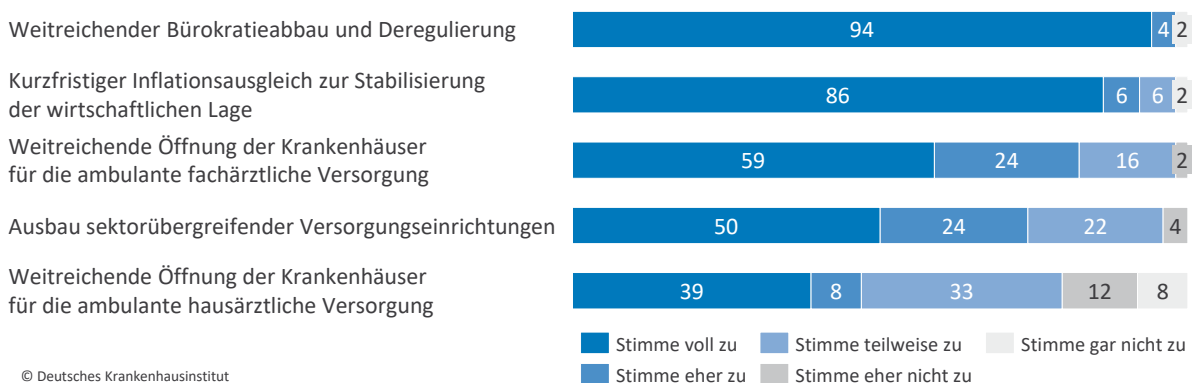
Danach haben für diese Häuser ein kurzfristiger Inflationsausgleich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und ein weitreichender Bürokratieabbau bzw. eine Deregulierung der Krankenhausversorgung oberste Priorität. Jeweils rund 95 % der Befragten stimmen hier voll oder eher zu.

Auf der Prioritätenliste folgt eine Überarbeitung maßgeblicher Aspekte des KHVVG. Im Einzelnen betrifft dies die Überarbeitung der Vorgaben zu den Leistungsgruppen, größere Gestaltungsspielräume der Länder bei der Zuweisung von Leistungsgruppen sowie das Aussetzen der Vorhaltefinanzierung in der jetzigen Form und Neukonzeption einer Alternative. Einer konsequenten Umsetzung des KHVVG ohne Änderungen stimmt indes nur eine Minderheit der Krankenhäuser zu.

Auch für eine Öffnung der Allgemeinkrankenhäuser für die ambulante ärztliche Versorgung zeigen sich die Befragten offen. Dies betrifft in erster Linie die fachärztliche Versorgung, teilweise aber auch die hausärztliche Versorgung. Darüber hinaus fordert eine Mehrheit der Häuser von der neuen Bundesregierung, sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen auszubauen und die Hybrid-DRGs zu überarbeiten.

**Welche Erwartungen haben Sie an die künftige Bundesregierung mit Blick auf die Krankenhausversorgung?
(Allgemeinkrankenhäuser in %)**


Auch für die Psychiatrien sind ein kurzfristiger Inflationsausgleich und der Bürokratieabbau die wichtigsten Forderungen an die neue Bundesregierung. Darüber hinaus befürworten sie ebenfalls mehrheitlich eine weitreichende Öffnung ihrer Häuser für die ambulante fachärztliche Versorgung und den Ausbau sektorenübergreifender Versorgungseinrichtungen.²

**Welche Erwartungen haben Sie an die künftige Bundesregierung mit Blick auf die Krankenhausversorgung?
(Psychiatrien in %)**


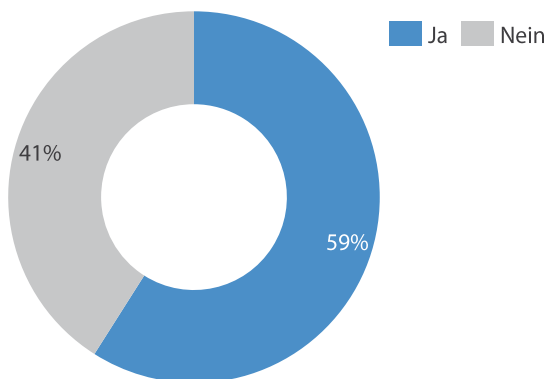
² Die Fragen zum KHVVG und zu den Hybrid-DRGs betreffen die Psychiatrien nicht oder allenfalls am Rande, etwa wenn sie neurologische Betten oder Bereiche vorhalten.

2.2 Leistungsgruppenplanung nach KHVVG

Im Rahmen der durch das KHVVG bewirkten Veränderungen in der Krankenhausplanung sind regionale Kooperationen zwischen Krankenhäusern ggf. sinnvoll, etwa um die Leistungsgruppenplanung standortübergreifend abzustimmen oder Mindestanforderungen an die Qualität der Leistungserbringung gemeinsam erfüllen zu können. Diesbezüglich gibt es schon zahlreiche Aktivitäten:

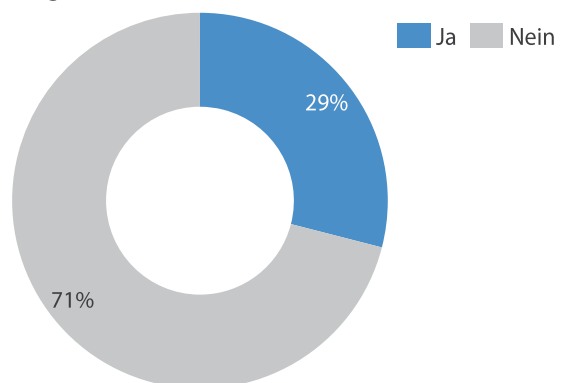
So hat in 59 % der Krankenhäuser ein (erster) Austausch mit umliegenden Krankenhäusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung stattgefunden. Bei 29 % der Befragten gibt es bereits (vorläufige) Vorabsprachen mit umliegenden Häusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung.

Hat ein (erster) Austausch zwischen Ihrem Krankenhaus und umliegenden Krankenhäusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung stattgefunden? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

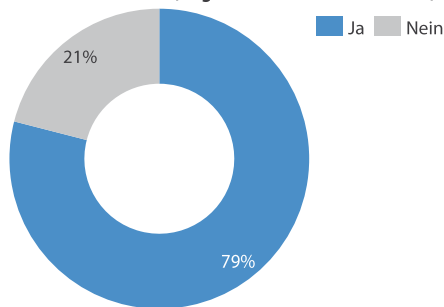
Gibt es (vorläufige) Vorabsprachen zwischen Ihrem Krankenhaus und umliegenden Krankenhäusern zu einer abgestimmten Leistungsgruppenplanung? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

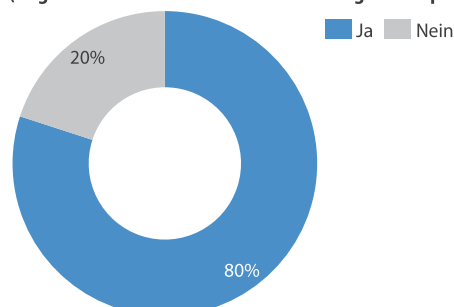
79 % der Krankenhäuser beabsichtigen Kooperationen mit anderen Krankenhäusern oder Leistungserbringern, um die Mindestanforderungen an die Qualität der Leistungserbringung gemäß § 135e SGB V erfüllen zu können. Davon wollen 80 % telemedizinische oder telematische Anwendungen für diesen Zweck nutzen.

Beabsichtigt Ihr Krankenhaus Kooperationen mit anderen Krankenhäusern oder Leistungserbringern, um die Mindestanforderungen an die Qualität der Leistungserbringung gemäß § 135e SGB V erfüllen zu können? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Beabsichtigt Ihr Krankenhaus, zur Umsetzung von Kooperationen mit anderen Krankenhäusern telemedizinische oder telematische Anwendungen zu nutzen? (Allgemeinkrankenhäuser mit beabsichtigten Kooperationen in %)



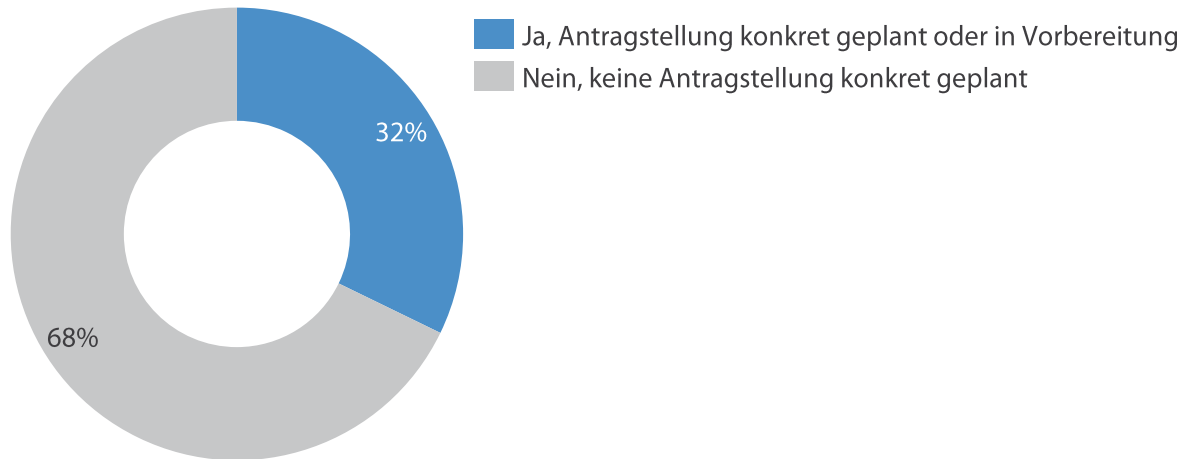
© Deutsches Krankenhausinstitut

2.3 Antragstellung für den Transformationsfonds

Durch das KHVVG wird mit dem § 12b Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) ein Transformationsfonds errichtet. Damit sollen für die Jahre 2026 bis 2035 Vorhaben mit einem Gesamtbetrag von 50 Mrd. Euro gefördert werden, um die Strukturen in der Krankenhausversorgung an durch das KHVVG bewirkte Rechtsänderungen anzupassen. Interessierte Krankenhäuser bzw. Krankenhausträger stellen hierfür Anträge bei der zuständigen Landesbehörde. Die Bundesländer entscheiden, für welche Vorhaben Anträge auf Förderung beim Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) gestellt werden sollen. Das BAS entscheidet über die Anträge durch Förderbescheid und zahlt die bewilligten Mittel an das antragstellende Land aus.

Im Krankenhaus-Index sollten die Befragungsteilnehmer angeben, inwieweit ihr Krankenhaus konkret plant, Projektanträge für den Transformationsfonds zu stellen. Demnach hat aktuell rund ein Drittel der Krankenhäuser eine Antragstellung konkret geplant oder in Vorbereitung. Darunter sind Psychiatrien unterrepräsentiert (12 %) und große (Allgemein-)Krankenhäuser ab 600 Betten überrepräsentiert (43 %).

Stand heute: Plant Ihr Krankenhaus, Projektanträge für den Transformationsfonds gemäß § 12b KHG zu stellen? (Krankenhäuser in %)

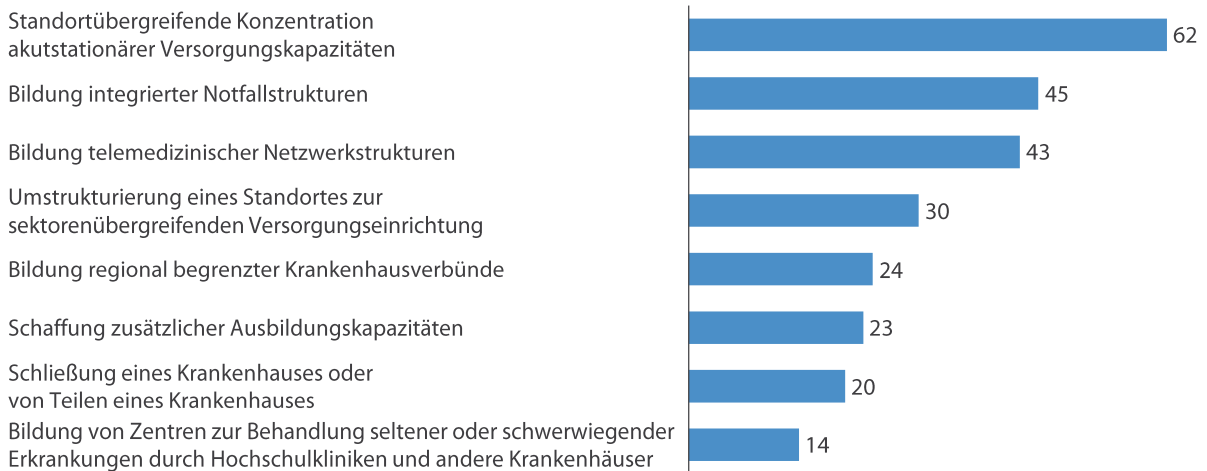


© Deutsches Krankenhausinstitut

Der § 12b KHG sieht insgesamt acht Fördertatbestände für den Transformationsfonds vor. Für welche Fördertatbestände die Krankenhäuser ggf. eine Antragstellung planen, zeigt die nachfolgende Abbildung. Der am häufigsten genannte Tatbestand ist die standortübergreifende Konzentration akutstationärer Versorgungskapazitäten. Diese betrifft laut Gesetzestext insbesondere Konzentrationsvorhaben, um die Qualitätskriterien oder Mindestvorhaltezahlen der Leistungsgruppen gemäß der Rechtsverordnung nach § 135e Abs. 1 SGB V erfüllen zu können. 62 % der Krankenhäuser, die Projektanträge für den Transformationsfonds konkret planen, wollen über entsprechende Konzentrationen die Vorgaben der Leistungsgruppen einhalten.

Weitere geplante Förderschwerpunkte für den Transformationsfonds ist die Bildung von integrierten Notfallzentren (45 %) und telemedizinischen Netzwerken (43 %). Darüber hinaus dürften die Umstrukturierung von Standorten zu sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen, die Bildung von regional begrenzten Krankenhausverbänden, die Schließung von Krankenhäusern oder Teilen von Krankenhäusern sowie die Zentrenbildung zur Behandlung seltener oder schwerwiegender Erkrankungen zu einer stärkeren Konzentration von Krankenhauskapazitäten führen.

**Für welche Fördertatbestände gemäß § 12b Abs. 1 KHG planen Sie ggf. eine Antragstellung?
(Krankenhäuser mit geplanter Antragstellung in %)**



© Deutsches Krankenhausinstitut

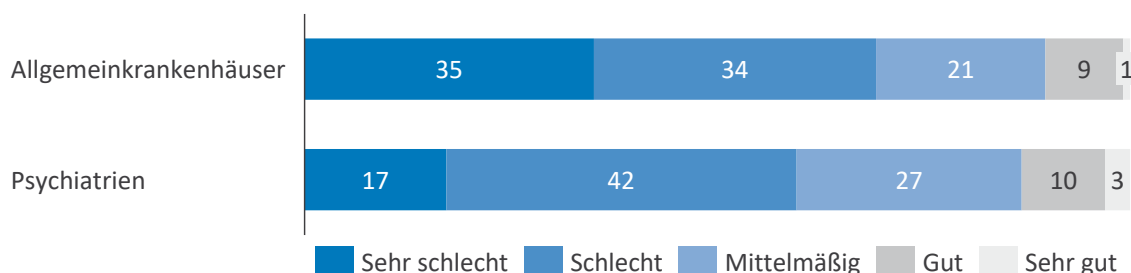
3 GESCHÄFTSKLIMA

3.1 Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser ist weiterhin sehr angespannt (Stand: März 2025). Rund zwei Drittel der Allgemeinkrankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht (34 %) oder sehr schlecht (35 %). Nur noch wenige Häuser (10 %) beschreiben sie als gut oder sehr gut.

Die Ergebnisse für die Psychiatrien fallen ähnlich aus. Knapp zwei Drittel der Befragten bewertet ihre wirtschaftliche Situation als schlecht (42 %) oder sehr schlecht (17 %). Nur wenige Psychiatrien bewerten sie als gut bis sehr gut (13 %).

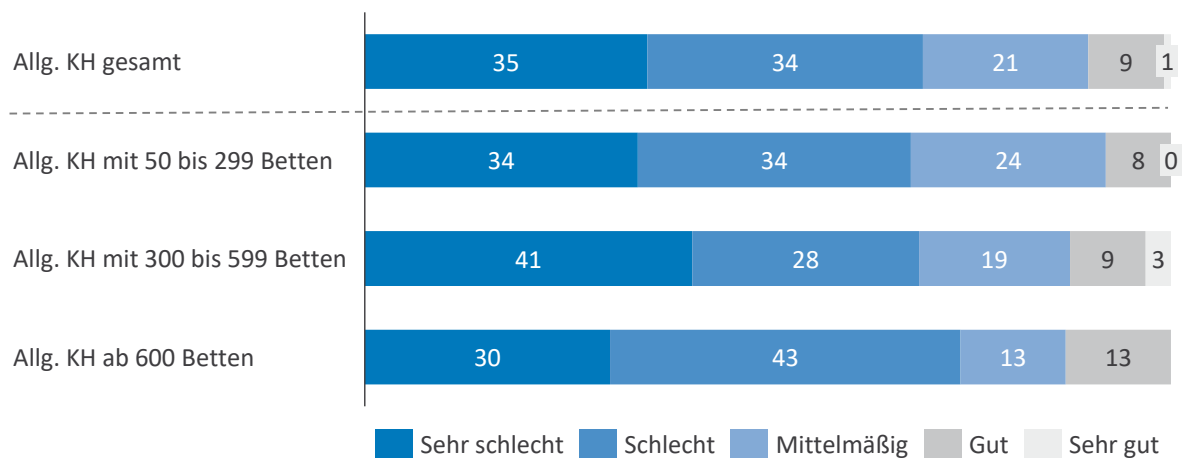
**Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Krankenhauses? – Stand: März 2025
(Krankenhäuser in %)**



© Deutsches Krankenhausinstitut

Nach Größe der Allgemeinkrankenhäuser betrachtet, gibt es insgesamt eher geringe Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation.

Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Krankenhauses? – Stand: März 2025
(Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

3.2 Künftige Einschränkungen der Versorgung

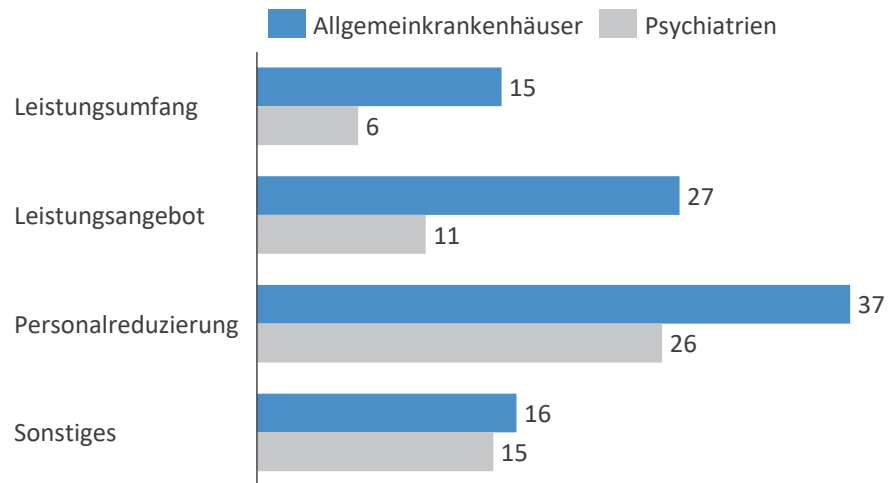
Auch in den nächsten 6 Monaten ist in vielen Krankenhäusern mit Einschränkungen in der Versorgung zu rechnen.

37 % der Allgemeinkrankenhäuser gehen davon aus, Personal zu reduzieren, und 27 % der Häuser, das Leistungsangebot einschränken zu müssen, z. B. über die vorübergehende Schließung von Stationen. Weitere 15 % der Allgemeinkrankenhäuser erwarten Einschränkungen beim Leistungsumfang, etwa durch die Verschiebung planbarer Operationen.

Unter „Sonstiges“ wurden im Rahmen einer offenen Frage unter anderem genannt: Einstellungsstopps, Einschränkung oder Verschiebung von Investitions- und Sanierungsmaßnahmen und Sachkostenreduzierung.

Bei den Psychiatrien fallen die Ergebnisse in der Tendenz ähnlich, im Ausmaß aber geringer aus.

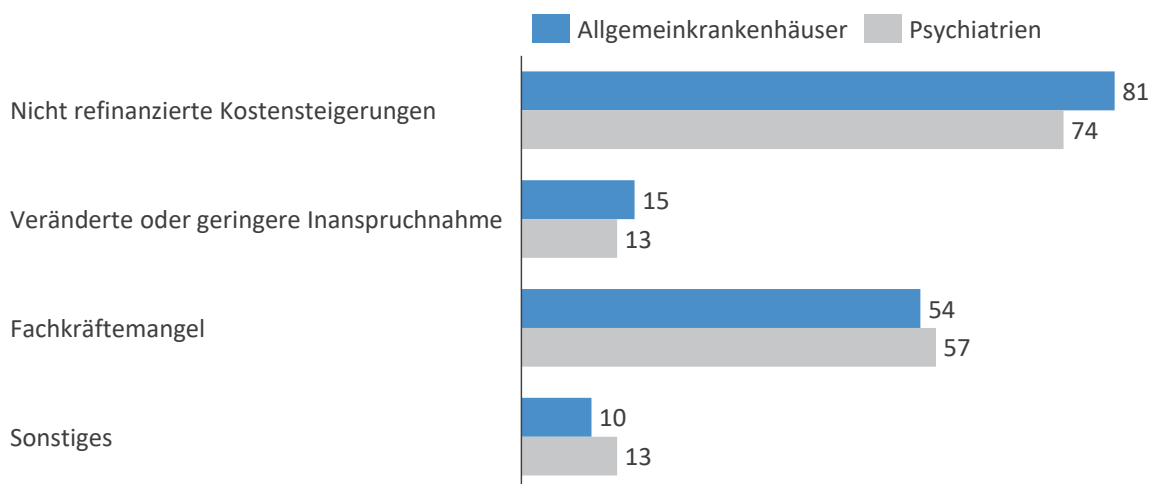
Sehen Sie sich gezwungen, aufgrund der gegenwärtigen Situation und/oder wirtschaftlichen Lage innerhalb der nächsten 6 Monate in den folgenden Bereichen Einschränkungen vorzunehmen?
- Stand März 2025 (Krankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Als Hauptursachen für die geplanten Einschränkungen nannten sowohl die Allgemeinkrankenhäuser als auch die Psychiatrien nicht refinanzierte Kostensteigerungen und den Fachkräftemangel. Unter „Sonstiges“ wurden unter anderem nicht refinanzierte Tarifsteigerungen und zu geringe Investitionsförderungen der Länder angeführt.

Was ist die Hauptursache für die von Ihnen geplante Einschränkung in dem/den genannten Bereich/-en?
- Stand März 2025 (Krankenhäuser in %)



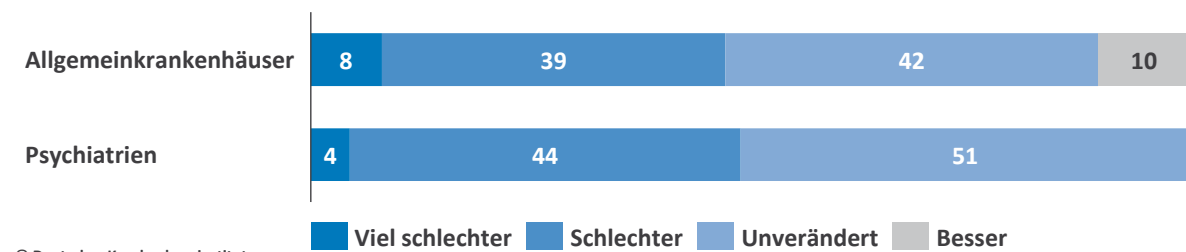
© Deutsches Krankenhausinstitut

3.3 Künftige Versorgungssituation

Für die nahe Zukunft der Versorgung geben die Krankenhäuser eine eher pessimistische Prognose. Wenn sie ein Jahr vorausblicken, erwartet knapp die Hälfte der Allgemeinkrankenhäuser eine schlechtere (39 %) oder viel schlechtere Versorgung (8 %) im Vergleich zu heute. Nur noch 10 % der Häuser gehen von einer verbesserten Versorgungssituation aus. Der Rest erwartet keine Veränderungen.

In den Psychiatrien fallen die Einschätzungen zur künftigen Versorgungssituation ähnlich aus. Hier erwarten jedoch keine Häuser eine Verbesserung in der Versorgungssituation.

Wenn Sie ein Jahr vorausblicken: Wie schätzen Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen die Versorgungssituation in Ihrem Krankenhaus im Vergleich zu heute ein?
- Stand: März 2025 (Krankenhäuser in %)

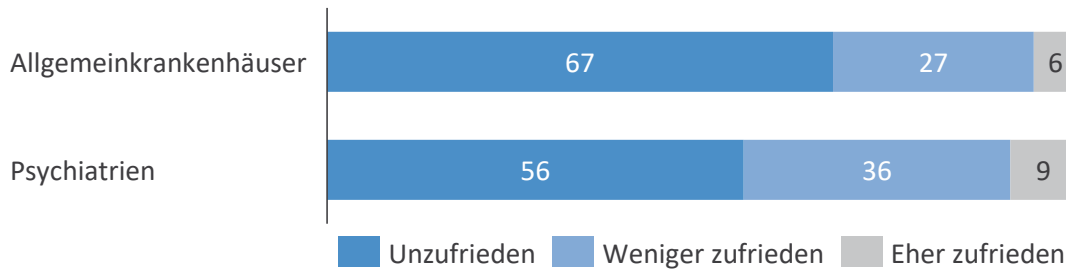


3.4 Bewertung der Gesundheitspolitik

Das Urteil der Krankenhäuser über die aktuelle Gesundheitspolitik fällt äußerst kritisch aus. Fast ausnahmslos alle Allgemeinkrankenhäuser sind mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung unzufrieden (67 %) oder weniger zufrieden (27 %). Nur noch 6 % der Häuser sind eher zufrieden.

In den Psychiatrien fällt die Bewertung der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung ähnlich aus. Hier sind etwas weniger Häuser unzufrieden (56 %), dafür sind mehr Häuser weniger zufrieden (36 %).

**Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung?
Stand: März 2025 (Krankenhäuser in %)**

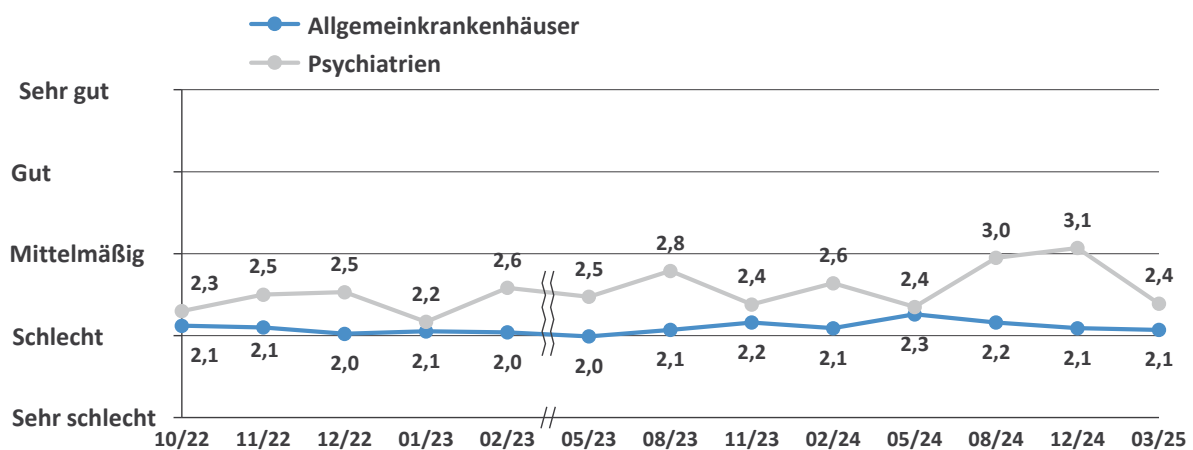


© Deutsches Krankenhausinstitut

3.5 Zeitreihen

Ein Vergleich der Ergebnisse der bisherigen Befragungen des Krankenhaus-Index belegt: Die wirtschaftliche Lage der Allgemeinkrankenhäuser hat sich auf sehr kritischem Niveau stabilisiert. Im Mittel bewerten die Allgemeinkrankenhäuser ihre wirtschaftliche Situation als nahezu konstant schlecht. Für die Psychiatrien hat sich der Wert seit der letzten Befragung im Dezember 2024 wieder verschlechtert und das Niveau von Mai 2024 erreicht.

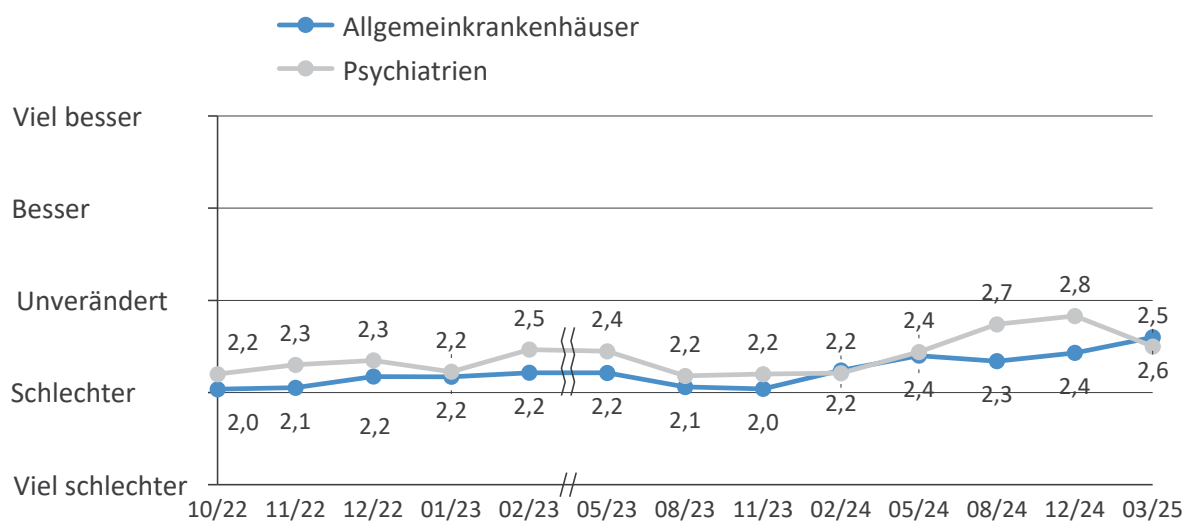
**Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Krankenhauses?
(Mittelwerte: 1= Sehr schlecht, 5 = Sehr gut)**



© Deutsches Krankenhausinstitut

Der Ausblick auf die künftige Versorgungssituation hat sich bei den Allgemeinkrankenhäusern im Zeitvergleich nur marginal verändert. Im Mittel geht man davon aus, dass die Versorgungssituation in einem Jahr eher schlechter sein wird als heute. Für die Psychiatrien hat sich die Prognose verglichen mit der letzten Umfrage wieder verschlechtert.

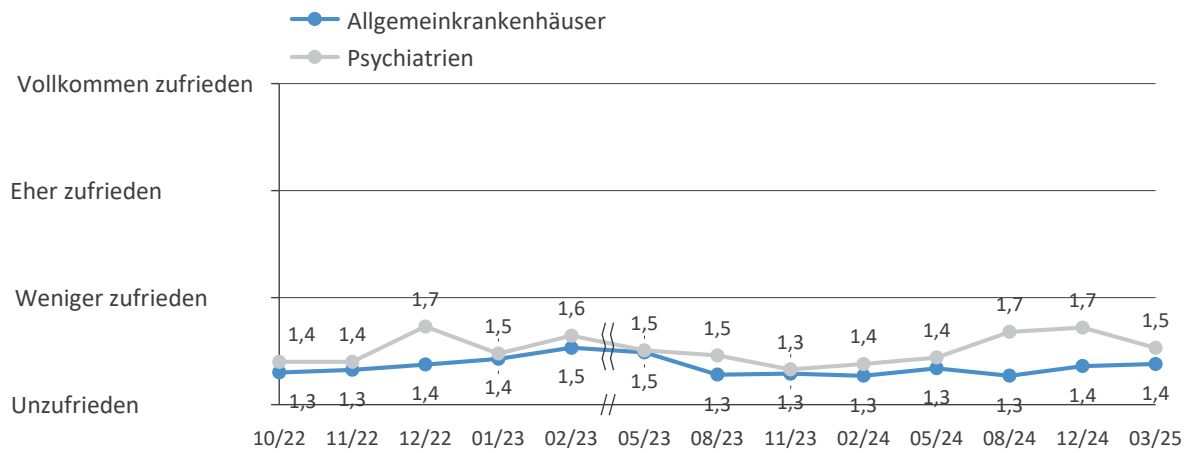
Wenn Sie ein Jahr vorausblicken: Wie schätzen Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen die Versorgungssituation in Ihrem Krankenhaus im Vergleich zu heute ein? (Mittelwerte: 1 = Viel schlechter, 5 = Viel besser)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung sind die Allgemeinkrankenhäuser nahezu konstant unzufrieden. Der Wert der Psychiatrien hat sich dem der Allgemeinkrankenhäuser seit der letzten Befragung im Dezember 2024 angenähert.

**Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung?
(Mittelwerte: 1 = Unzufrieden, 4 = Vollkommen zufrieden)**



© Deutsches Krankenhausinstitut